

Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt und Kreis Merseburg

Bezugspreis: mit den Postgebühren: „Wochenspiegel“, „Spottvogel“, etc. durch die Post Nr. 240 ohne Postgebühr, durch Post Nr. 2.— frei Haus monatlich. Einzelnummern nachmittags. Einzelnummern 10 Pfg. Sonntagsblätter 20 Pfg. Geschäftsstelle: Döllnerstr. 4 (Dampfmühle) und Grotzschstr. 38. — Im Falle bösserer Gewalt (Streik usw.) besteht kein Anspruch auf Vorkosten oder Rückvergütung.

Anzeigenpreis: für den 8 getheilten Millimeterraum 7 Pfg., im Restamer (Zehnpalmeten) 28 Pfg., für Spitze und Nachweisungen 21 Pfg. Aufschlag. Nichtentgeltlich. Rabatt nach Tarif. Erklärungsstellen Merseburg. Anzeigenpreis: für den 8 getheilten Millimeterraum 7 Pfg., im Restamer (Zehnpalmeten) 28 Pfg., für Spitze und Nachweisungen 21 Pfg. Aufschlag. Nichtentgeltlich. Rabatt nach Tarif. Erklärungsstellen Merseburg. Anzeigenpreis: für den 8 getheilten Millimeterraum 7 Pfg., im Restamer (Zehnpalmeten) 28 Pfg., für Spitze und Nachweisungen 21 Pfg. Aufschlag. Nichtentgeltlich. Rabatt nach Tarif. Erklärungsstellen Merseburg.

Nr. 134

Donnerstag, den 11. Juni 1925

165. Jahrgang.

Der deutsche Vorschlag eines Sicherheitsvertrages.

Englisch-russischer Ausgleich.

London, 10. Juni. Die „Times“ veröffentlichen heute den Wortlaut der deutschen Note vom 9. Februar über den Sicherheitspakt, die kurz wiedergegeben, folgende Punkte enthält:

1. Die deutsche Regierung erkennt es als notwendig an, daß eine befriedigende Lösung der Sicherheitsfrage gefunden werde.
2. Sie macht daher einen Vorschlag, dessen Grundlage die Ideen des Einwohnensvertrages vom Jahre 1922 enthalten.
3. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, einen Pakt mit anderen Mächten abzuschließen, die lebenswichtige Interessen am Rhein besitzen: dies besonders mit Frankreich, England und Italien und zwar in der Absicht, einen Krieg zwischen den Unterzeichnern auf beträchtliche Zeit hinaus unmöglich zu machen.
4. Der Pakt soll die Form einer Verpflichtung der Unterzeichner gegenüber den Vereinigten Staaten enthalten.
5. Gleichzeitigkeit soll ein allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag zwischen Frankreich, Deutschland und Belgien abgeschlossen werden und zwar nach dem Vorbild der Schiedsgerichtsverträge, die jetzt in Europa abgeschlossen wurden.
6. Mehrseitige Schiedsgerichtsverträge können mit anderen Staaten zur friedlichen Regelung von politischen und Rechtstreitigkeiten abgeschlossen werden.
7. Deutschland wird einem total begrenzten Pakt, der eine Garantie des territorialen Status quo im Rheingebiet bedeutet, zustimmen. Die Garantie der unterzeichneten Mächte soll eine kollektive und individuelle sein.
8. Ein solcher Pakt würde die Garantie der Entmilitarisierung wie sie in Art. 42 und 43 des Friedensvertrages vorgesehen, enthalten.
9. In diesem Falle würde der Pakt die oben erwähnten Schiedsgerichtsverträge in sich einschließen.
10. Die deutsche Regierung sei bereit, einen totalen Pakt in Erwägung zu ziehen, der alle Teile eines Übereinkommens mit allen Staaten der Welt auf Grund des vom Völkerbund vorgeschlagenen Protokolls umfaßt.

nommenen Verträge: Rheinpakt, Sicherheitsverträge und gleichzeitig in Kraft treten würden. Wenn diese Umwandlungen dem Geist des Völkerbundes entsprechen, müssen sie von den Völkerbundstaaten eingestrichelt und ausgelegt werden, damit ein jeder sich daran beteiligen kann. Wenn die Vereinigten Staaten eines Tages es für richtig halten, dem Sicherheitsvertrag beizutreten, so würde Frankreich die größte Genugtuung darüber empfinden, daß die große amerikanische Nation sich entschlossen hat, an der allgemeinen Verriedung mitzuwirken.

Angst vor einem deutsch-russischen Bündnis.

Paris, 10. Juni. Aus den heutigen Kommentaren der französischen Presse geht hervor, daß man hinsichtlich der Aufnahme der von Frankreich abzulebenden Note in Berlin trotz aller zur Schau getragenen Befriedigung durchaus unruhig ist. Die Genfer Vertreter der Pariser Blätter zeigen sich in diesem Punkte durchaus skeptisch und äußern die Vermutung, daß Deutschland weitere Verhandlungen antreiben werde, um eine Verbesserung der französischen Vorschläge zu seinen Gunsten durchzuführen. Im „Matin“ bejaupet Sauerwein, daß nach seinen Informationen entweder ein Militärbündnis zwischen Deutschland und Rußland befohle oder doch gewisse Umwandlungen getroffen seien, um ein Zusammengehen der beiderseitigen Streitkräfte gegenüber Angriffen der Entente zu sichern.

Amerikas Ansicht.

Das einseitige Abkommen zwischen Briand und Chamberlain. In Washington politischen Kreisen teilt man den Optimismus, der in Paris und Genf mit Bezug auf die Lösung des Sicherheitsproblems zu herrschen scheint, nicht. Man erklärt, daß das Abkommen zwischen Briand und Chamberlain ganz einseitig sei und daß wenig Aussicht bestehe, daß das Abkommen von Deutschland angenommen werden. Man rechnet auch mit einem starken Widerstand Englands und befürchtet, daß das Sicherheitsabkommen vom englischen Kabinett in ähnlicher Weise bestritten werden dürfte, wie kürzlich das Genfer Protokoll.

Erklärungen Baldwin's und Chamberlain's.

London, 10. Juni. In Beantwortung einer Frage des Abg. Hamilton erklärte Baldwin im Unterhaus, daß die Frage der Sicherheitspaktverhandlungen sobald als möglich in Unterhaus zur Erörterung kommen werde. Anlässlich hiesiger Einzelheiten erst nach der Rückkehr Chamberlain's bekanntgegeben werden. Gegenwärtig müsse sich das Haus noch in Geduld fassen und die Verlierer entgegennehmen, daß kein Sicherheitspakt ohne vorherige Erörterung unterzeichnet oder abgeschlossen würde. Die Frage sei zur Zeit so, daß die französische und britische Regierung ihre fortwährende Befürwortung der deutschen Vorschläge zu einer vollständigen Übereinstimmung über gewisse grundsätzliche Punkte gekommen sei. Es sei aller Grund zu der Annahme vorhanden, daß auch Belgien und Italien ihre Zustimmung geben würden. Diese Ansichten würden von der französischen Regierung der deutschen Regierung mitgeteilt werden.

Wenn die deutsche Regierung diese Ansichten teile, lände einer Eröffnung der Verhandlungen auf Grundlage der Grundidee der Gleichberechtigung nichts mehr im Wege.

Die vorgeschlagene Erörterung der Frage habe einen durchaus zweifelhafte Charakter, nicht einen einseitigen. Wie aus dem Inhalt der Presse veröffentlichten Berichte hervorgeht, beruhe diese Auffassung offenbar auf der von der Kabinetsregierung verbreiteten halbamtlichen französischen Meldung. Die Ansicht der britischen und der französischen Regierung sei, daß der Sicherheitspakt allen Signatarmächten die größtmögliche Sicherheit gewähren solle; auf der anderen Seite könne keine Macht, die die Vertragsbestimmungen nicht erfüllen könne, das Abkommen einseitig abzuleben. Baldwin, daß diese Frage erst nach Rückkehr des englischen Außenministers Chamberlain's in London erörtert werde. Auf die Anfrage des Abg. Woodcock, wann die Frage abzuhandeln die britischen Streitkräfte erfolgen würde, erwiderte Baldwin, die Räumung würde sofort nach der Ausführung der militärischen Forderungen, die in der Note vom 4. Juni enthalten seien, erfolgen.

Der englische Außenminister Chamberlain gab in Genf Pressevertretern heute nachmittags folgende Erklärung ab: Ich muß es ablehnen, irgendwelche Erklärungen über die Note an Deutschland wegen des Sicherheitspakt abzugeben, bevor diese nicht der deutschen Regierung übermittelt worden ist. Ich empfehle deshalb, dieselbe nur mit größter Vorsicht zu kommentieren, solange sie nicht veröffentlicht ist, was vermutlich in ein oder zwei Tagen erfolgen wird. Es genügt festzustellen, daß der Gedankenaustausch mit der französischen Regierung die einzige Möglichkeit immer diejenigen Mächten im Auge hatte, die der englische Vertreter beim Völkerbund bereits im März darlegte und die in seiner Rede im Unterhaus am 24. März zu finden sind.

Ein Detachement der englischen Flotte hat seine Fahrt in die baltischen und skandinavischen Gewässer zu Wanderverbänden begonnen, und fern im Osten, in der nördlichen Mandchurien, glaubt Rußland sich von der anderen Seite durch die Angelfischen bedroht. An der persischen Grenze, die die beiden aus außenpolitischen Gründen reorganisierten zentralasiatischen Besitzungen Rußlands flankiert, ist nach zwei Jahren heute wieder ein Aufbruch der Kasma'schen, der turkestanischen Feinde, gegen ihre unüberwindbar sein, nicht weniger deutlich, als im Ostasiengebiet und in Arabien, Schematisches ungewiss, schließt dieser große Ring den europäischen-asiatischen Streit zwischen England und Rußland in sich ein, wie die mitteleuropäischen und Mittelmeer-Probleme den englisch-französischen Fragenkomplex darstellen.

Chamberlain's Einkreisungstrick gegen Rußland scheint sich also geschlossen zu haben, und es taucht nun die Frage auf, in welcher Weise der Streit hierauf zu reagieren gelassen ist und welcher Art die Auswirkungen der Konfrontation beim der Verständigung auf die gesamte Weltpolitik, nicht zuletzt auch auf Englands Politik gegenüber dem Verbündeten Rußland, Deutschland, sein werden. Glaubt man den Trompetenschlägen derer um Zinnowiew, so steht der Krieg vor der Tür. Es bestehen aber Anzeichen, deren Sinn und Wirkung zwar noch nachzuprüfen sind, die jedoch darauf hindeuten, daß weder Rußland einen Kampf bis auf die Spitze gegen England durchzuführen gewillt ist, noch daß England sich von einer letzten Endes vielleicht auch kriegerischen Offensive gegen Rußland viel verspricht. Die Führung der Offensive liegt gegenwärtig zweifellos auch Rußland gegenüber in der Hand Englands, behält man jedoch im Gedächtnis, daß Zinnowiew internationale Politik heute nicht mehr die russische Außenpolitik zum Vorbild hat, sondern daß Zinnowiew sich zweifellos von Fall zu Fall mit dem russischen Außenminister guttlich und zünftig im Sinne des Wohlles der Zinnowiewen selbst verhält, so erscheint ein Ausgleich zwischen London und Moskau in nicht allzu naher Zukunft sehr wahrscheinlich zu sein.

Die Vermutung, die englische Geheimdiplomatie arbeite zu gleicher Zeit in Berlin und Moskau an der Bändigung des französischen Potens, in diesem Komplex mit aufgenommen werden kann, bleibt dahingestellt. Tatsache aber scheint zu sein, daß der russische Gesandte in Nizza, der Herr Franke das Aufsehen erregende Telegramm über einen angeblichen Verkauf der Insel Zeele und Dage von Seiten Englands an England geschickt hat, seines Postens entbunden wird, angeblich, weil seine Zurechtführung weiter zur Verschlechterung der russisch-englischen Beziehungen beitragen habe. Vieles ist bei genauerem Hinsehen unter den heutigen Verhältnissen wohl auch Verdrängungspunkte der russisch-englischen Politik finden, so werden die beiden Staaten doch mehr durch die Ausichtslosigkeit eines kriegerischen Zusammenstoßes, also durch die bestehenden Gegenstände selbst, näher zusammengeführt. Auffallend in dieser Richtung ist das in der letzten Zeit in Rußland, namentlich in Wirtschaftskreisen, aufgetauchte Verständnis für den europäischen Weg Englands. Die Russen äußern die Ansicht, daß durch das gesteigerte Interesse des Kreml an einer Balkanföderation Englands mitunter russischer Weg nach Osten ebenfalls gefördert ist, weil Weg über Arabien durch den Sand. Und ohne die übliche Geschäftigkeit wird in der offiziellen Presse der Plan erwähnt, Englands Verkehr mit Ostindien über das Baltikum, Sibirien und Ostasien zu leiten. Das Nachts von Ostasien ist ohnehin nicht ersichtlich, dagegen müsse Rußland die Embargoellen im unteren Wolgarebiet aussetzen und England den Weg nach Indien durch einen neuen Bahnbus in Afghanistan um 2000 Kilometer gegenüber Kleinasien verkürzen.

Diese beiden Erklärungen können als erster Schritt rückwärts aufgefaßt werden und sind insofern von Bedeutung, als sie den Beweis erbringen, daß der englischen Regierung einerseits die einseitige Unterdrückung der öffentlichen Weltmeinung ausschließlich durch Frankreich nicht zulässig, andererseits weil sie indirekt den Finito des Krieges enthalten, daß die französischen Informationen nicht den Tatsachen entsprechen.

Scharfe Kritik in den eigenen Reihen.

Die Arbeiterpartei gegen die Paktspolitik. London, 10. Juni. Ramsay MacDonald erklärte dem Parlamenten Abgeordneten des „Daily Herald“, die gesamte Arbeiterpartei werde sich dem Abkommen Chamberlain's mit Briand widersetzen, das der Beginn nicht eines allgemeinen Einbernehmens, den Frieden aufrechtzuerhalten, sei, sondern der Beginn individueller Fata. Bündnisse und Garantien. Es werde nicht den Frieden fördern, sondern eine Unmöglichkeit des Krieges schaffen. Seiner Ansicht nach werde England der Pakt nicht unterstützen, wenn es wisse, welche Kosten er ihm auferlege und welches Risiko es übernehme.

Die Marokkokonferenz.

Madrid, 10. Juni. Zu der Montag in Madrid beginnenden französisch-spanischen Marokkokonferenz sind nunmehr die beiderseitigen Delegierten bestimmt worden. Den Vorsitz der Konferenz führt der Vertreter Frankreichs Walvo, Spanien wird durch den General Jordana vertreten sein.

Die französische Antwortnote.

Paris, 10. Juni. Der Genfer Korrespondent gibt den Inhalt der französischen Antwortnote, die Freitag nach Berlin abgehen soll, wie folgt wieder:

Im Eingang weist die Note darauf hin, daß der Sicherheitsvertrag von Deutschland ausgehe und die Note der französischen Regierung daher lediglich auf

Einholung ergänzender Auskünfte

abzule. Das deutsche Memorandum wolle beunruhigen die Völker an. Es lasse beispielsweise den Völkerbund in der Pflicht, dem fast Anerkenntnis seiner Verpflichtungen Frankreich und sämtliche Alliierten gegenüber.

Vor Eintritt in weitere Verhandlungen sei daher die Feststellung von Wichtigkeit, ob Deutschland bereit ist, die in dem Völkerbundsprotokoll festgelegten Verpflichtungen anzuerkennen.

Besonderes Gewicht wäre andererseits auf die Feststellung zu legen, daß die Unterzeichnung eines Sicherheitspakt mit Deutschland keine Verneuerung der Rechte und Verpflichtungen des Verfallenen Vertrages bedeute und die Bestimmungen des Vertrages von Lausanne nicht zu verletzen. Dies gelte sowohl für Frankreich als auch für Belgien. Belgien müsse selbstverständlich an dem Vertrage beteiligt werden, wenn er zum Abschluß gelange.

Zur Sicherheitspakt könne den Bestimmungen über die Wirkung der Rheinlande sowohl für Belgien wie für Frankreich keinerlei Abbruch tun.

Die deutsche Regierung erklärte sich bereit, mit den Mächten weislich des Rheines Schiedsgerichtsverträge einzugehen. Frankreich erkenne genau an, daß diese Verträge eine notwendige Ergänzung des Rheinpaktes bilden, aber es verweigere ausdrücklich, daß diese Verträge auf sämtliche Konflikt Anwendung finden und den Gebrauch der Gewalt nur für den Fall vorsehen, daß auf Grund einer Verletzung des Vertrages zu ihr Zusticht ergriffen wird. Die Signatarmächte müßten, um diesen Schiedsgerichtsverträgen ihre volle Wirkung zu verleihen, sie

insoweit gemeinsam wie einzeln garantieren.

Für den Fall, daß ein Signatarmacht, ohne eine feindliche Handlung zu begehen, gegen diese Verträge, ist es Aufgabe des Völkerbundes Maßnahmen zur wirksamen Ausführung des Vertrages zu bestimmen. Die deutsche Regierung hätte sich in ihrem Memorandum bereit erklärt, auch Schiedsgerichtsverträge mit sämtlichen dazu geneigten Staaten, insbesondere mit Polen und der Tschechoslowakei, abzuschließen. Frankreich nimmt diese Erklärung zur Kenntnis. Es stellt aber im Einverständnis mit Großbritannien ausdrücklich fest, daß die Alliierten keine ihnen aus dem Vertrage her zu erhebenden Rechte oder Verpflichtungen aufweisen könnten. Keine Bestimmung der in Aussicht genommenen Schiedsgerichtsverträge darf dagegen verletzen. Wenn Deutschland mit den Nachbarstaaten des Rheins Verträge dieser Art abschließt, so kann gegebenenfalls ein jeder Signatarmacht des Verfallenen Vertrages als Bürge auftreten. Dieses allgemeine Sicherungssystem würde selbstverständlich erst dann seine volle Wirkung haben, wenn sämtliche in Aussicht ge-

Arbeiterchaft und Entpaffungsnote.

Berlin, 11. Juni. Die freien Gewerkschaften in Eifen haben bei der Berliner Zentrale der freien Gewerkschaften den Antrag gestellt, sie möge gegen die Entpaffungsnote protestieren und zwar besonders gegen den Passus, der Zerkürzung und Zerkürzung von Maschinen fordert, da die Erfüllung dieser Forderungen neue Arbeitslosigkeit und neues Elend über große Teile der deutschen Arbeiterchaft bringen müßte.

Ein neuer polnischer Anschlag auf Danzig.

Die ganze Stadt soll polnisch als Hafen gelten.

Danzig, 10. Juni. Nach feinen aus Genf eingetroffenen Nachrichten hat die polnische Regierung bezüglich der Abgrenzung des Danziger Hafens für den polnischen Postdienst beantragt, daß die ganze Stadt Danzig vollständig als Hafen gelten soll, weil Hafenstadt und Hafen im wirtschaftlichen Sinne identisch seien. Hiernach würden auch die polnischen Briefkästen in der gesamten Stadt Danzig bestehen bleiben. Der Danziger Vertreter besteht darauf, daß die ganze Stadt Danzig unter den Begriff „Hafen“ falle, insbesondere die Teile Danzigs, die der Verwaltung des Hafensausflusses unterliegen. Solch eine Abgrenzung könne jedoch lediglich an Ort und Stelle durch eine besondere Völkerversammlung erfolgen unter Würdigung aller Umstände und Verhältnisse.

Abreise Schürmanns nach Berlin.

Newport, 11. Juni. Der neue amerikanische Botschafter ist nach Berlin abgereist. Er sprach bei seiner Abreise die Hoffnung aus, daß er imstande sein werde, an der Vorbereitung der Verhandlungen für den Wehrvertrag Europas mitzuwirken. Ihm liegt nichts so sehr am Herzen, als die Wiederherstellung der Freundschaft zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung und zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volk. Schürmann erklärte, er hoffe außerdem, daß die Nationen sich über ein Programm in Europa verständigen könnten. Ihm sind die Beziehungen der internationalen Beziehungen zwischen der Wehrmacht und dem Verhältnis bringen; er müsse jedes Land jedes andere Land als in einseitigen Ansehen und seine Handlungen nach diesem Grundsatz einrichten, zweitens müßten die Nationen ihre Rechte gegenseitig respektieren.

Politischer Untersuchungsausschuss.

Berlin, 11. Juni. Bei einem vom Ministerpräsidenten Braun veranstalteten politischen Vortragsabend war u. a. anwesend: der Reichspräsident, der Reichskanzler, der Reichsminister Graf, Dr. Heßler, Dr. Prentner, ferner die preussischen Minister Prof. Dr. Becker, Steiger, Dr. Höpfer-Wischow und Dr. Bruns. Die Vorträge der Redaktionen des Preussischen Landtags, des Reichstages, des Reichstagespräsidenten, die beiden Reichspräsidenten, die Reichstagespräsidenten, sämtliche Befehden der deutschen Länder und die preussischen Bevollmächtigten zum Reichstag sowie die führenden Redakteure der Großblätter und auswärtigen Presse.

Wissenschaft und Reich.

Beratungen im Haushaltsausfluß des Reichstages.

Der Haushaltsausfluß des Reichstages beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung weiter mit dem Etat des Reichsministeriums. U. a. Schreiber (Ztr.) begründete zum Kapitel „Allgemeine Verwaltung“ einen Antrag, der den Etatbetrag von 200 000 000 Mark auf 200 000 000 Mark erhöhen und den erhöhten Betrag zur Begründung eines Antrags für ein internationales öffentliches Recht verwenden will, das der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft angehängt werden könnte.

Nach heftiger Auseinandersetzung wurde der Antrag Schreiber sowie ein Zusatzantrag auf Erhöhung der erhöhten Etatposition von 200 000 000 auf eine Million Mark dem Untersuchungsausschuß überwiesen.

Abg. Mumm (Dnt.) begründete dann einen Antrag, der im Kapitel „allgemeine Bewilligungen“ beim Abschnitt „Bildung und Schule“ einen neuen Titel in Höhe von 300 000 Mark für kulturell-gemeinnützige Institute einsetzt.

10 Prozent von dem Gesamtbetrag soll das Reich verteilen, der Rest soll den im Artikel 137 genannten öffentlich-rechtlichen Körperschaften überwiesen werden. Der Antrag wurde dem Untersuchungsausschuß überwiesen.

Beim Titel des Reichsanwärters setzte sich Abgeordneter Schulz v. Bromberg (Dnt.) dafür ein, daß der gegenwärtige Reichsanwärt...

der sich wegen seiner Geschäftigkeit auch in künftigen Jahren seiner Beliebtheit erfreue, endlich einen Adler mit Krallen und scharfem Schnabel erhebt werde. Ein solcher Adler wolle das deutsche Volk...

Reichsanwärters Reichslob legte dann seinen Aufgabensatz dar. Er habe sich gegenwärtig u. a. mit dem Nationaldenkmal für die Gefallenen und mit der künstlerischen Schmückung eines Falters zu beschäftigen, der der Jahrestausendfeier der Weimarer Republik sein soll. Außerdem wende sich Länder und Städte in zahlreichen Fällen an den Reichsanwärters. Ein Antrag, der den im Etat für den Reichsanwärters eingetragenen Betrag von insgesamt 29 000 000 Mark auf vierzigtausend Mark erhöhen will, wurde dem Untersuchungsausschuß überwiesen. Dasselbe geschah mit einem Antrag beim Titel „Beitrag für die Deutsche Botschaft in Leipzig“, den im Etat eingetragenen Betrag in Höhe von 86 000 000 Mark um vierzigtausend Mark zu erhöhen.

Die nächste Sitzung findet morgen statt; an diesem Tage soll der Etat des Reichsministeriums erledigt werden.

Das Grundverweigerungsengesetz angenommen.

An der gestrigen Sitzung des Preussischen Landtags wurde nach Erledigung des Eingangs die zweite Vorlesung zum Gesetzentwurf betr. Erhaltung des Baumbestand und Erhaltung und Freigabe von Uferwegen im Interesse der Volksgesundheit in erster und zweiter Beratung ohne Widerspruch unverändert angenommen. Weiter wurde die Gesetzesvorlage zur weiteren Förderung des Baus von Kleinbahnen einen Kredit von 2 Millionen Mark bereitstellen, dem Hauptausfluß überwiesen.

Bei der nun folgenden dritten Beratung des Gesetzentwurfs über die Wahlzeit der Provinzial-Landtag und Kreisräte und ihrer Mitglieder, bei dem in zweiter Beratung die Verlängerung der Wahlzeit bis zum 1. November 1925 beschlossen worden war, ergab sich eine Beschlussunfähigkeit des Hauses.

Darauf wurde die Sitzung geschlossen und vom Präsidenten eine neue Sitzung einberufen, in der das Haus sich den Beratungen des Entwurfs betr. die Erhebung einer vorläufigen Steuer von 50 Pfennig pro Quadratmeter zuwendete.

Der Hauptausfluß empfahl die Genehmigung der Beratungen, nach der die Geltungsdauer des Gesetzes vom 28. Februar 1924 bis Ende März 1926 verlängert werden soll.

Abg. Dr. Wiemer (Dnt.) erklärt im Namen seiner Partei, daß eine Reform notwendig sei, und schlägt den 30. September für die Geltungsdauer der jetzigen Steuer vor. Wir haben so betont, daß die Steuer nicht im Ausdruck gebracht, daß wir dem jetzigen Rabinetti-Vertrag nicht entgegenbringen können, weil seine Zusammenfassung dem Spruch der Wählerchaft nicht gerecht wird. Ich bin beauftragt, auch bei dieser Gelegenheit auszusprechen, daß wir, weil diese Regierung unter Vertrauen nicht hat, nicht mehr sind in der Bewilligung von Mitteln wie in anderen gleichartigen Fällen über das im Staatsinteresse unbedingt Notwendige hinauszuweisen. Finanzminister Dr. Höpfer-Wischow nahm dann das Wort zu einer folgenden Darlegung: Die Grundverweigerungssteuer bei der Landwirtschaft ist gewiß schwer zu tragen, aber es ist eine Ungerechtheit, wenn immer hervorgehoben wird, daß nur die Landwirtschaft leidet (Große Industrie und Landwirtschaft rechts). Der Minister erklärte dann weiter, es seien alle Maßnahmen getroffen, um die grundlegende Reform am 1. April 1926 in Kraft treten zu lassen.

Abg. v. Wangenheim (Ztr.-Dnt.) erklärte, seine Partei wüßte, daß die Regierung in absehbarer Zeit mit einer neuen Vorlage komme, denn eine gerechte Grundsteuer erhebt sich notwendig, wenn ein richtiges Steuerungsmaßstab vorliegt. Nachdem nach Abg. Schulze (Dnt.) die Behauptung zurückgewiesen hatte, die deutsch-nationale Fraktion sei insofern, und der Abg. W. (Ztr.) erklärt hatte, seine Partei verlange schon seit Jahrzehnten Abänderung der Bewertung, wurde in namentlicher Abstimmung mit 182 zu 100 Stimmen das Grundverweigerungsengesetz angenommen.

Ellern-Professorkundgebung.

Während der Sitzung erschienen in den Handbelagungen etwa dreihundert Vertreter der Ellernschaft von etwa 120 Schulen Berlins und des Landes. In großer Erregung verlangten sie den Unterrichtsminister und einzelne Abgeordnete, insbesondere die Mitglieder des Unterrichts-ausschusses zu sprechen. Die Beschwärden der Ellernschaft richten sich hauptsächlich gegen die Ausführungsbestimmungen zum Grundschulgesetz.

Die Ellernschaft verlangt Anerkennung der bereits stattgefundenen Prüfungen für Schüler mit dreijährigem Besuche der Grundschule oder von behördlich genehmigten Privatschulen und Jurisdiktion, bezw. Revision der preussischen Ausführungsbestimmungen, sowie eine Erleichterung des Lehrplans für die Grundschule in die höhere Schule nach drei Jahren.

Beschleppungsversuche in Preußen.

Die Krise bis zum Herbst verlagert?

Die Verhandlungen über die Umbildung der Regierung in Preußen sind in Stockung geraten. Die letzte offizielle Erklärung der Zentrumspartei wird allgemein so ausgelegt, daß zwar noch Verhandlungen über ein Kabinett der großen Volksgemeinschaft von den Deutschen bis zu den Sozialdemokraten geführt werden können, daß aber das Zentrum eine Verschleppung dieser Verhandlungen nicht für richtig hält. Außerdem nehmen die Sozialdemokraten insofern große Schwierigkeiten zu machen, als sie bei einer Teilnahme am Kabinett durch Braun und Seeverg gleichzeitig vertreten werden wollen, was aber weder den Wünschen der Deutschen Volkspartei, noch denen der Deutschen Nationalen entspricht. Man nimmt unter solchen Umständen an, daß die Verhandlungen während der jetzigen Landtagsferien nicht mehr zu einem Ergebnis kommen und daß sie erst im Herbst von neuem einsetzen.

Die Stellung des Kabinetts Pouillet bedroht.

Brüssel, 10. Juni. Das gestern gebildete Kabinett Pouillet hat bereits jetzt schon wieder als bedroht. Wenn es auch am nächsten Dienstag das Vertrauen der Kammer erhält, so besteht man, daß es sich vor dem Senat behaupten wird. Der Senat besteht aus 71 Katholiken, 2 Liberalen und 59 Sozialisten. Die Sozialisten sind im Kabinett der Mehrheitspartei Pouillet das Vertrauen ausgeprochen. 40 beabsichtigen mit den Liberalen in der Opposition zu bleiben. Man sieht voraus, daß die stämmigen Elemente der Katholiken und Sozialisten infolge ihrer Vorgänge zur Opposition übergehen werden.

Ausdehnung des Schiffahrtsstreiks in China.

Weitere fremdenfeindliche Massenemonstrationen.

Shanghai, 10. Juni. Der Schiffahrtsstreik dehnt sich weiter aus. Vertreter der Streikenden sind nach Kanton und Fokien abgereist, um die Befragungen der in diesen Ländern liegenden ausländischen Dampfer zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Auch die Dampfer haben weniger Ladung an Bord, weil Häfen nicht zu erlangen sind. In Fokien haben die Streikenden demonstriert, es wurde dort der Generalkonvert ausgerufen. In Kanton räumten die Ausländer die Gefahrgüter. In Fokien hielten die Studenten Massenemonstrationen ab und zwangen die Wagen und Autos fremdenfeindliche Plakate zu tragen. Die verteilten fremdenfeindlichen Plakate, in denen die Strafe in Shanghai als die brutaleste Rohheit in der Geschichte der Menschheit bezeichnet wurde.

Nach den letzten Meldungen aus Kanton hat sich aus den bisherigen Kämpfen in der Stadt eine förmliche Schlacht entwickelt. Geht hat es auf beiden Seiten über 200 Tote gegeben. Hunderttausende Gefangene haben die Belagerung des größten Kanonenbootes der Regierung durch Besetzung zu veranlassen gewußt, im Hafen eine Reihe von Handelsschiffen zu verfeuern.

Beitern früh ist ein russisches Aufgebot, bestehend aus 6 Aufschiffen mit 20 Besatzungen, 70 Kanonen nach der Mongolei auf dem Weg. Die 70 Kilometer lange Retordierstraße führt über die Städte, die Straße von Balaifake und die Wüste Gobi. Beim Abmarsch betonte Anton die große kulturelle, politische und wirtschaftliche Bedeutung des Auftrages, mit China und die Wichtigkeit eines solchen Sympathieaktes während des erbitterten Kampfes des chinesischen Volkes um seine Befreiung.

Die französische Front durchbrochen.

Berlin, 11. Juni. Aus Paris wird gemeldet: Nach den letzten amtlichen Berichten vom marokkanischen Kriegsschauplatz finden überaus heftige Angriffe der Witsachen in der Nähe von Uezan statt. Die französische Heeresleitung hat die durch die Entwidlung der Situation sich ergebenden Maßnahmen ergreifen. Es ist den Mittelstücken gelungen, an mehreren Punkten die französische Front zu durchbrechen.

Neue Kämpfe in Arabien.

Berlin, 10. Juni. Nach Meldungen aus Konstantinopel stellt der Imam Sabit von Jemen in der von ihm eroberten Stadt Sadeb eine moderne ausgerüstete Armee von 35 000 Mann auf, um mit den Deutschen nach Mesopotamien vorzugehen und den

Streit zwischen dem König Ali und dem Wahabitenführer Ibn Saud zu beenden. Imam Sabit von Jemen ist nicht in der Lage, den Durandirich zu verhindern. Verhandlungen zwischen dem König Ali gegen Ibn Saud, der Wahabitenführer Ibn Saud liegt in Mengen großes Kriegsmaterial aufkaufen, das schnell auf Schiffswege nach den Befehls abgeben wird.

Politische Rundschau

Ein neuer Kuntius in München.

Zum Kuntius in München wurde Hofkammersekretär Alberto Salasillo ernannt. Salasillo wurde im Jahre 1865 in San Cataldo geboren und ist Kuntius in Argentinien gewesen.

Der Schwiegerminister in Berlin. Der Sprecher des amerikanischen Repräsentantenhauses Longworth, der Schwiegerminister des früheren amerikanischen Präsidenten Theodor Roosevelt, der mehrere Tage in der Reichshauptstadt weilte, wurde gestern vom Reichskanzler und vom Reichspräsidenten zu einer längeren Besprechung empfangen.

Der englische Arbeitsminister in Deutschland. Gelegenheit einer Reise, die der englische Arbeitsminister durch Deutschland machte, hatte er gestern eine Besprechung mit dem Reichsarbeitsminister. Die beiden Minister sprachen sich informativ über eine Reihe von Fragen aus.

Brand nach Paris zurück.

Brand ist nach Paris abgereist. Paul Doumer ist mit seiner Vertretung im Völkerverbund beauftragt worden.

Gegen eine weitere Unterbrechung des Kabinetts Poincaré. Der sozialistische Verband Nordfrankreichs hat gestern einstimmig eine Entschließung angenommen, in der festgestellt wird, daß die Unterbrechungspolitik zugunsten des Kabinetts Poincaré nicht fortgesetzt werden könne.

Eine neue Zolltarifnote für Belgien.

Die Morgan mittel, erhält Belgien eine neue Zölle in Höhe von fünfzig Millionen Dollar.

Zum Todestage Matteotti.

Ausdehnungen seitens der Oppositionspartei und Gegenangelegenheiten der Faschisten anlässlich der diesjährigen Wiederkehr des Todestages Matteotti sind von der Regierung verboten worden. Eine Anzahl italienischer Oppositionsparteien wurden heute festgenommen, darunter „Partito della Sera“ und „Stamoa“. Sie hatten Aufsätze zum Gedächtnis Matteotti veröffentlicht.

Eine politische Spionageaffäre.

Mitteilungen aus Warschau zufolge sind die dortigen Behörden einer Spionageaffäre auf die Spur gekommen, deren Akten bis in das Kriegs- und in das Eisenbahnministerium hineinreichen. Bisher wurden ein Hufe und mehrere Rollen verhaftet.

Aus Stadt und Umgebung

Vogelstimmen.

Die vielen Vogelstimmen wissen es schon selbst; man braucht es ihnen nicht erst zu sagen, daß in der Vogelwelt ein wunderschöner Zusammenbruch besteht, daß sich eins ins andere fängt, zur Freude bereit, die Zeit und Gelegenheit dazu haben, den Gängern zu lauschen.

Aber auch nachdem andere wird es schon aufgefallen sein, daß die Vögel nicht alle zu gleicher Zeit ihren Gesang erschallen lassen. Der Landmann richtet sich danach wie nach einer Uhr, die jeden Tag mit größter Pünktlichkeit ausgeht und gestillt wird. Die Pünktlichkeit dabei ist wirklich überaus groß.

Die Nachtigall singt bekanntlich nicht nur die ganze Nacht hindurch, sondern auch am Tage, je ist unermüdlich, man weiß nicht, wann sie der Ruhe pflegt. Der erliche Vogel, der den Tag begrüßt und schon vor Tagesgrauen sein Lied anstimmt, ist der Amsel. Gleich nach 2 Uhr kann man ihn hören. Eine Stunde später kommt dann die Grasmücke mit ihrem hübschen, doch nur kurzen Liedchen; eine halbe Stunde später klingt der Nachtigall durchs Feld, unermüdlich, wie ein Wehr. Um 4 Uhr bis 4.30 Uhr trillert die rote Grasmücke ihre kurze Strope, bis gegen 5 Uhr die Schwarzamstel losdunst aus den bebauten Wäldern ruft. Der Sperling ist in der Stadt schon sehr früh munter, gleich nach 4 Uhr, andere fangen erst nach 5 Uhr; aber jeder kann ihn selbst bei den Wäldern hören.

So läßt die Vogelwelt den Tag ein, bis ihr Schlagen vom Kärm des lauten Tages überhört wird.

Die Festordnung zum Feuerwehrgesetz.

Der Feuerwehrverbandsstag am 20.-22. Juni wird, das kann schon jetzt gesagt werden, ein besonders großes Ereignis für die Feuerwehr. Ueber 145 Feuerwehrverbände aus dem Reichsbereich haben schon ihre Teilnahme an der Tagung, die auch gleichzeitig eine Feier des 60. Stiftungstages unserer Freiwilligen Feuerwehr sein soll, zugesagt. Es wird mit einer Menge von nahezu 1500 anwesenden Gästen gerechnet.

Schon gestern forderten wir zur Schmückung der Straße in Berlin den Feuerwehrverbandsstag auf. Der Reichsanwärters, der gestern den Vertretern der Presse nähere Einzelheiten über die Tagung mitteilte, bittet die Bürgerchaft um Anmeldung der benötigten Erlaubnisse, damit diese möglichst billig geliefert werden können. Näheres soll noch durch Anträge in den Tageszeitungen mitgeteilt werden.

Die Festordnung ist jetzt in großen Umrissen fertiggestellt. Die Feiern werden am Freitag, den 19. Juni, mit dem Anfang. Ein Festzug bildet den Auftakt. Er beginnt am 9 Uhr am Feuerwehrdepot seinen Anfang und geht dann durch folgende Straßen: Kallische Straße, Wilhelmstraße, Karlsruher, Lindenstraße, Bahndamm, Roter Feldweg, Innenhofstraße, Glogauer Straße, Weidenbergstraße, Reichstraße, Weidenbergstraße, Schullstraße, Delgrue, Neumarkt (Zentrum), Weidenbergstraße, Dorensstraße, Glogauer Straße, Weidenbergstraße, Kallische Straße, Kallische Straße zum Depot zurück.

Am Sonnabend beginnt am Vormittag um 10 Uhr das Abholen der auswärtigen Kameraden vom Bahnhof mit dem Trommlerchor der Feuerwehr. — Mittags um 12 Uhr findet eine Besprechung der Kreisverbandsvorstände aus sonstigen Führern in der „Festung“ statt. Punkt 3 Uhr nimmt dann die Hauptversammlung ihren Anfang. Sie findet ebenfalls in der „Festung“ statt und wird bis gegen 7 Uhr abends dauern. — Der offizielle Begrüßungsgesand wird im großen Saale des „Cajones“ abgehalten. Eine abwechslungsreiche Vortragsfolge wird hier die Gäste unterhalten.

Der Sonntag bringt die Veranstaltung auf den Söberpark. Um 6 Uhr ist der Frühstart der Wehrkraft in der Straße. Eine Uebung der Schotauer Freiwilligen Feuerwehr eröffnet um 9 Uhr die Reihe der Darbietungen des Sonntags. Eine Ehrung der gefallenen Kameraden schließt sich an. Den Gästen werden einige moderne Motorwagen, die von zwei Mann bedient werden können, bereitgestellt. Um 11 Uhr beginnt die Hauptfeier. Eine Uebung am Gerätehaus hat, der sich eine großangelegte Aus-

Die Entwaflungsnot der dem Auslandigen Ausfuhr.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat am Mittwoch vormittag unter dem Vorsitz des Abg. Berg (Dnalt) zusammen, um die politische Lage zu besprechen, die durch die erfolgte Ueberreichung der Entwaflungsnot der Wirtschaftskommission entstanden ist.

In weiteren Verlaufe der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses nahmen die Abgeordneten Graf Helldorf (Dnalt), Dr. Weitzel (Sg.), Dr. Zehner (Sg.), v. Weizsäcker (Dnalt), Dr. v. Bredt (Wirtschaftl. Ag.), Dr. Goebbel (Dnalt), Frau Golke (Komm.) und v. Lindener (Dnalt) das Wort.

Die wirkliche Lage.

Die ganze Heerde der Angaben des Kontrollberichts und der Entwaflungsnot verhielt man nur, wenn ihnen die Richtigungen der übrigen Länder entgegengehalten werden. Da ergibt sich folgende Friedensstärke der einzelnen Mächte: Frankreich: 786 000 Mann mit 478 Batterien leichter und 328 Batterien schwerer Geschütze, mit 1370 Flugzeugen, 5800 Kampfwagen, 28 500 leichte und 10 500 schwere Maschinengewehre.

Italien mit rund 180 000 Mann, 82 leichten und 33 schweren Batterien, 650 Flugzeugen, 300 Kampfwagen und 4000 leichten, sowie 2000 schweren Maschinengewehre. Wir bemerken, daß diese Ziffern für das Jahr 1924 zutreffen dürften, daß sie aber gegenwärtig - vor allem in bezug auf Flugzeuge und die ganz modernen Kampfmittel - schon überholt sein dürften.

Um die Beamtenlage.

Das schon seit langem von der Beamtenliste geforderte neue Beamtengesetz ist jetzt von der Reichsregierung im Entwurf so weit vorbereitet, daß es in allerhöchster Zeit dem Reichstag unterbreitet werden kann. Das Gesetz regelt grundsätzlich das deutsche Beamtenrecht. In einer zweiten Vorlage wird ein neues Dienststrafgesetz vorgelegt, in dem alle jene Bestimmungen weggefallen sind, die neuzeitlicher Rechtsauffassung nicht mehr entsprechen.

Das Haus zu den zwei Heiligen drei Königen.

Roman von v. vom Bogelsberg. 6. Fortsetzung. Als ihn Nord nach einer Viertelstunde aufsuchte, stand er im Schatten der Hütte und zog nachdenklich an seiner Zigarre. „Da sind Sie, Herr Herrmann“, nickte er wie in Gedanken. Dann sah er seinen jungen Mitarbeiter scharf an und fragte ganz sachlich: „Ist es wirklich Ihr Ernst, in das Kesselfattische Unternehmen einzutreten?“

Polnische Grenzschikanen vor dem Reichstag.

Präsident Lobe teilt zugleich nach Eröffnung der gezeigten Reichstags-Sitzung mit, daß der Abg. Severing (Sg.), der preussische Innenminister, wegen Krankheit auf vier Wochen beurlaubt ist. Die Verträge mit Ungarn über Weichsel und Reichsflüsse in Steuerverlegen wurden jedoch angenommen. Beim Abkommen mit Polen über Grenzschikanen im kleinen Grenzverkehr erhob Abg. Frau v. d. Berg (Dnalt) Beschwerde über die Schikane in der letzten Zeit von polnischer Seite sowohl bei der Einfuhr wie bei der Ausfuhr gemacht worden.

Auf der Tagesordnung stand dann der Bericht des Ausschusses für Bildungswesen über die Junglehrerfrage. Zu dieser Frage sind von allen Parteien zahlreiche Anträge eingegangen. Der Ausschuss für Bildungswesen eruchte die Reichsregierung, in den Haushaltposten für 1925 ausreichende Mittel zur Sicherung der wirtschaftlichen Erziehung der Junglehrer und zu ihrer wissenschaftlichen und pädagogischen Fortbildung einzustellen.

Der Ausschuss für Wohnungswesen über den Wohnungsmangel in der Hauptstadt Berlin. Die neue Vorlage bringt eine Reihe von Berechtigungen. Ferner wurde angeregt, eine einheitliche Wohnungsgesetzgebung zu erlassen, in der alle einschlägigen Gesetze und Bestimmungen zusammengefaßt sind. Hierauf beantragte Abg. v. d. Berg (Dnalt) die Beratung abzubrechen. Demgemäß wurde beschloffen.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Der Reichstagsrat des Reichstages setzte in seiner Mittwochs-Sitzung den Arbeitsplan des Plenums für die Zeit vom 12. Juni bis zum 18. Juli fest. In dieser Zeit sollen erledigt werden: Die Haushalts-, die Aufwandsfrage, der englische und amerikanische Handelsvertrag, die Zolltarife und ein Reihe sozialpolitischer Fragen. Als weitere Beratungsgegenstände werden die Unfallversicherung, das Reichsvergängergesetz, die Wochenhilfe und die Angehörigenversicherung genannt. In der Zeit bis zum 18. Juli soll auch die große außenpolitische Debatte stattfinden. Ein bestimmter Zeitraum hierfür konnte jedoch noch nicht in Aussicht gestellt werden. Am 30. Juni und am 1. Juli soll eine Pause stattfinden. Die großen Sommerferien sollen am 18. Juli beginnen.

Umanhre Behauptungen des Herrn Best.

Zu den Behauptungen, die der Reichstagsabgeordnete Dr. Best in der Reichstags-Sitzung am 10. Juni aufgestellt hat, veröffentlicht die deutsche nationale Reichstagsfraktion folgende Erklärung: Die Behauptung, daß leitende Männer der Fraktion ausgeprochen hätten, daß die Wahlversprechungen bedeutungslos seien und jedenfalls hinter höheren Staatspflichten zurückzutreten hätten, ist unmaß. Mit aller Entschiedenheit muß die hiesige Interfraktion zurückgewiesen werden, als ob gegnerische Vermutungen über die Haltung einzelner Fraktionsmitglieder maßgebend gewesen seien. Deutsche nationale Gefolgschaft ist es, allein sachliche Gründe und die Staatsnötigkeit für die Entscheidung maßgebend sein zu lassen.

Mensch, ürgere dich nicht!

Jetzt hat auch die preussische Regierung amtlich bezeugt, wie außerordentlich sie sich über die Raft Hindenburg geärgert hat. Bekanntlich hatte der preussische Landtagspräsident Herr v. Tobe bereits mit eben diesen Worten die Reichstags-Liste eingeführt und berechtigt wurde, hatte der sozialdemokratische Parteisekretär Barfels als Landtagspräsident seine Sprache noch nicht wieder gefunden, um den neuen Reichspräsidenten zu gebeten. Erst der demissionäre neue Abgeordnete v. d. Berg (Dnalt) mußte den Landtagspräsidenten in der Sitzung vom 12. Mai darüber berichten, daß man sich ärgert, die einfachen Formen der Öffentlichkeit und der demokratischen Bestimmung zu beachten hat, umso mehr, wenn man nicht als sozialdemokratischer Parteisekretär tätig ist, sondern als Landtagspräsident, ein Amt, das in einem demokratischen Staat doch eine gewisse Verantwortlichkeit voraussetzt.

Das Staatsministerium hielt feierlich am 12. Juni ein großes öffentliches Fest, um die Feierlichkeiten im Sinne der feinen Anfrage und in der Sache nicht bereit. Durch solche Kundgebungen bekennt die Sozialdemokratie offen, wie wenig es ihr um wirkliche Demokratie im Staat geht und wie sehr sie diese Worte lediglich als Phrase zur Verdammung der Unpolitischen gebraucht. Wie ganz anders beweist der neue Reichspräsident sich in der Sache, indem er sich bemüht und mit vollem Entzagen seiner Persönlichkeit dem ganzen Volke zur Verfügung stellt und auch denen, die nicht seiner politischen Ansicht sind, die Hand zur Verhöhnung und zur Mitarbeit im Dienste des Volksganzen entgegenstreckt.

Der Arbeitsplan des Landtags.

Der Reichstagsrat des Preussischen Landtags legte am Dienstag vor Beginn der Plenarsitzung den Geschäftsplan für die weiteren Tagungen vor. Das Haus will bis zum 4. Juli zusammenberufen sein. Es soll noch der Landwirtschafthaushalt erledigt werden. Ferner soll im Juli mit dem Wohlfahrtsauschuss begonnen werden. Das Haus will dann vom 5. Juli bis zum 21. September in die großen Sommerferien gehen. Der Hauptaufschub liegt nach einer Woche im August, wo die Plenarsitzung wieder zusammentritt. Vom Donnerstag, den 18., bis Montag, den 22. Juni, ist wegen der Feier der Rheinlandsprovinz eine Pause vorgeben, da sehr viele Landtagsabgeordnete an diesen Feiern teilnehmen wollen. Donnerstags, den 11. Juni und Montag, den 29. Juni, bleibt wegen katholischer Feiertage freigelegt. Am 1. Juli beginnt die Plenarsitzung, wobei eine Reihe von Anträgen bis zur großen Beratung erledigt werden.

Wieder ein Zusammenbruch eines belgischen Kriegesgerichts.

Das belgische Kriegesgericht in Brabant hatte im März d. J. den Major a. D. vom 25. Infanterieregiment Freiherren Georg v. Stöifel zum Tode verurteilt, weil er am 28. August 1914 in Belval in einem Dorf, dort noch können, mehrere Belgier erschossen haben sollte. Das Kriegesgericht hat wegen der belgischen Beschuldigung ein Verfahren gegen Major v. Stöifel eingeleitet. Die gerichtliche Untersuchung hat ergeben, daß die an dem angegebenen Tage in Belval auf Befehl des Majors erschossenen Männer entweder selbst auf deutsche Flugzeuge oder auf belgische Flugzeuge in Belval in die Erde bei dem Kriegesgericht durch Angriffe unterstützt hatten. Das Kriegesgericht hat daher festgestellt, daß die gegen sie angewendete Maßregel unter den obwaltenden Umständen gerechtfertigt war und den Major außer Verfolgung gesetzt.

„Nord lächelte. „Doch, Herr Rogge. Ich habe sogar sehr oft daran gedacht.“ „Na und?“ „Dazu gehören Beziehungen.“ Rogge warf einen Blick von der Seite her auf seinen Begleiter. „So, na, die werden sich vielleicht noch finden.“ Damit war die Unterredung zu Ende; aber nach einigen Schritten kam Nord noch einmal zurück und fragte: „Ihre Ansicht bezüglich der Bahn war wohl nur für meine Ehre bestimmt, Herr Rogge?“ „Für jeden, der sie hören will“, sagte Rogge gelassen. Während er wieder nach seinem Arbeitsplatz zurückging, nahm sich Nord Herrmanns Worte zu Gemute. Die Meinung Herrmanns Rogge zu überbringen. Er war der Ueberzeugung, daß ein Urteil von dieser Seite Hannes Vater unbedingt von dem aussichtslosen Plan abbringen müsse. Und als er am Abend nach Schluß der Arbeitszeit auf dem Wege in die Stadt zurückfuhr, hatte er sich alle die überzeugenden Gründe zurechtgelegt, die er aus Eigenem dazugeben wollte und die er im Grunde genommen auch schon früher ins Feld geführt hatte. Nach dem Abendessen ging er in das Nachbargebäude, dem der König sehte, hinüber. Hannes war nicht da, wohl aber ihre Mutter. Als sie ihn nach ein paar freundlichen Worten in das Arbeitszimmer ihres Mannes wies, fiel ihm auf, daß sie in den letzten Wochen sichtbar gealtert war. Ihre Züge sahen vergrämt aus und ihre sonst so lebhaften Bewegungen waren fast widerwillig und müde. „Schlupp Kesselfatt hat über den großen Zeigenstisch gebeugt in seinem Arbeitszimmer, Herr und Zimmer konnte nicht bester überstimmen. Die weitere Unterredung, die Herr Kesselfatt, hatte ganz zu dem verächtlichen Zweck, Kesselfatts Wille zu überbringen. Er war der Ueberzeugung, daß ein Urteil von dieser Seite Hannes Vater unbedingt von dem aussichtslosen Plan abbringen müsse. Und als er am Abend nach Schluß der Arbeitszeit auf dem Wege in die Stadt zurückfuhr, hatte er sich alle die überzeugenden Gründe zurechtgelegt, die er aus Eigenem dazugeben wollte und die er im Grunde genommen auch schon früher ins Feld geführt hatte. Nach dem Abendessen ging er in das Nachbargebäude, dem der König sehte, hinüber. Hannes war nicht da, wohl aber ihre Mutter. Als sie ihn nach ein paar freundlichen Worten in das Arbeitszimmer ihres Mannes wies, fiel ihm auf, daß sie in den letzten Wochen sichtbar gealtert war. Ihre Züge sahen vergrämt aus und ihre sonst so lebhaften Bewegungen waren fast widerwillig und müde. „Schlupp Kesselfatt hat über den großen Zeigenstisch gebeugt in seinem Arbeitszimmer, Herr und Zimmer konnte nicht bester überstimmen. Die weitere Unterredung, die Herr Kesselfatt, hatte ganz zu dem verächtlichen Zweck, Kesselfatts Wille zu überbringen. Er war der Ueberzeugung, daß ein Urteil von dieser Seite Hannes Vater unbedingt von dem aussichtslosen Plan abbringen müsse. Und als er am Abend nach Schluß der Arbeitszeit auf dem Wege in die Stadt zurückfuhr, hatte er sich alle die überzeugenden Gründe zurechtgelegt, die er aus Eigenem dazugeben wollte und die er im Grunde genommen auch schon früher ins Feld geführt hatte. Nach dem Abendessen ging er in das Nachbargebäude, dem der König sehte, hinüber. Hannes war nicht da, wohl aber ihre Mutter. Als sie ihn nach ein paar freundlichen Worten in das Arbeitszimmer ihres Mannes wies, fiel ihm auf, daß sie in den letzten Wochen sichtbar gealtert war. Ihre Züge sahen vergrämt aus und ihre sonst so lebhaften Bewegungen waren fast widerwillig und müde.“

„Ich denke nicht daran“, fuhr es Nord heraus, „das habe ich Herrn Kesselfatt wiederholt gesagt, auch das, daß ich die Sache für ein ganz verheißenes Unternehmen halte, soweit mir darin ein Urteil zusteht.“ Rogge nickte einen langen Rauchstrahl aus dem jüngsten Mund und nickte kaum merklich. Dann ging er einige Schritte auf und ab und nickte so Nord, neben ihm herzugehen. „Es ist ja in Grunde genommen eine Sache, die mich nichts angeht, aber meiner Natur sind nun einmal gewisse Unternehmungen umher und diese ist unter den gegenwärtigen Umständen völlig verfehlt. Ich habe eine andere Trasse vorgeschlagen, als man mich danach fragte - vielleicht, daß sie einmal verwirklicht wird. Also Sie haben nichts mit der Sache zu tun?“ wandte er sich noch einmal an Nord. „Nicht das Geringste.“ „Das finde ich vernünftig. Und ich möchte nur hoffen, daß sich Herr Kesselfatt noch von seiner fixen Idee kurieren läßt. Wobringen haben Sie nie daran gedacht, später einmal ins Ausland zu gehen?“

